



Die ÖVP-Zentrale am 7. Oktober 2021 im Zuge der Hausdurchsuchung

„Ich habe dieses Tool für KURZ umgesetzt“²². Thomas Schmid hat nach eigener Aussage das sagemuwobene „Beinschab-Österreich-Tool“ für Sebastian Kurz entwickelt und umgesetzt, um ihn bei seinem Weg zur Kanzlerschaft und darüber hinaus tatkräftig mit vorteilhaften Umfragen zu unterstützen.

Das „Beinschab-Österreich-Tools“ besteht aus zwei Komponenten: Die erste Komponente ist die der Umfrageerstellung und Verrechnung. Die von Sophie Karmasin an Thomas Schmid vermittelte Sabine Beinschab, Geschäftsführerin des Marktforschungsinstituts *Research Affairs*, wurde von Schmid und Johannes Frischmann regelmäßig beauftragt, parteipolitische Inhalte abzufragen. Das legen nicht nur zahlreiche Chats nahe, sondern wird sowohl von Thomas Schmid als auch von Sabine Beinschab in ihren Beschuldigtenvernehmungen bestätigt.²³ Glaubt man Schmid, sind er und Frischmann dabei regelmäßig von Sebastian Kurz, Stefan Steiner und Gerald Fleischmann instruiert worden.²⁴ Die Ergebnisse wurden nach den Aussagen von Schmid je nach Bedarf frisiert²⁵, in Tageszeitungen²⁶ veröffentlicht und anschließend mit angeblich vom Finanzministerium beauftragten Studien von Johannes Pasquali mit Scheinrechnungen verrechnet.²⁷ Nach Aus-

sage von Beinschab habe Karmasin dabei mitverdient.²⁸ Gezahlt haben die Steuerzahler*innen.

Die zweite Komponente besteht aus dem redaktionellen Einfluss und der Veröffentlichung der Umfragen in der Tageszeitung Österreich. Als Gegenleistung hatten die Herausgeber Helmuth und Wolfgang Fellner, so Schmid, „einen Fuß in der Tür im BMF“, also Zugang zu Inseratenbuchungen und Studien.²⁹

Verbindet man beide Komponenten, wurde nicht nur ein politisch mächtiges Instrument zur Stimmungsmache geschaffen, sondern mutmaßlich zahlreiche strafrechtliche Tatbestände erfüllt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt wegen Untreue, Bestechung, Bestechlichkeit, Geldwäscherei und Verantwortung nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz. Beschuldigte sind Sebastian Kurz, Thomas Schmid, Sophie Karmasin, Sabine Beinschab, Johannes Frischmann, Johannes Pasquali, Stefan Steiner, Gerald Fleischmann, Wolfgang Fellner, Helmuth Fellner, die Mediengruppe Österreich und die Österreichische Volkspartei.³⁰ Manchen der Beschuldigten, darunter Ex-Kanzler Kurz, droht eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren.

Beinschab-Tool nur von der SPÖ kopiert?

Das Beinschab-Österreich-Tool sei nach Aussagen von Schmid eine Art Weiterentwicklung eines SPÖ-Umfragetools gewesen.³¹ Sophie Karmasin hätte damals für die Sozialdemokrat*innen Umfragen durchgeführt und änderte auf Wunsch die Ergebnisse innerhalb der Schwankungsbreite, ehe sie in der Tageszeitung *Heute* veröffentlicht wurden.³² Als Schmid Kurz davon erzählte, soll er von ihm den Auftrag erhalten haben, ein solches „Tool, wie es die SPÖ gehabt hatte, aufzubauen.“³³ Seiner Erinnerung nach war das bereits vor März 2016.³⁴ Weil Kurz aber zu diesem Zeitpunkt nicht Parteiobmann der ÖVP war, konnten die Umfragen nicht wie im Falle der SPÖ aus der Parteikasse, sondern nur mit Steuergeld bezahlt werden. Thomas Schmid beschreibt vor der WKStA die Situation so: „Es war ganz klar, dass ich das nicht aus meiner eigenen Tasche bezahlen würde, KURZ war damals noch nicht Parteiobmann und hatte keine finanziellen Mittel [...] das war ihm klar.“³⁵

„Kurz war davon fasziniert.“

Thomas Schmid,
geständiger
Beschuldigter

Meinungsforscherin Karmasin an Bord

Kurz soll Schmid beauftragt haben, „mit KARMASIN darüber zu reden und so etwas Ähnliches aufzusetzen“.³⁶ Diese war nach der Erinnerung von Schmid „bei der Umsetzung sofort an Bord und auch sehr engagiert“.³⁷ Weil Karmasin als Familienministerin keine Umfragen machen durfte, schlug sie angeblich vor, „dass BEINSCHAB diese Umfragen machen“ und „eine Kooperation mit der Mediengruppe ÖSTERREICH und den FELLNERS entstehen soll“.³⁸

Beinschab behauptet, dass Karmasin „20%“ vom Umsatz „bei jeder einzelnen Beauftragung“ bekommen hat.³⁹



Ex-Ministerin Karmasin soll laut Beinschab mit 20 Prozent beteiligt gewesen sein.

Für Wolfgang und Helmuth Fellner soll es laut Schmid „eine Gegenleistung des BMF“ in Form von „Sonderbeilagen und Inseraten“ gegeben haben.⁴⁰

Die Bevölkerung und die eigene Partei getäuscht

In der ersten Phase von 2016 bis 2017 ging es nach Schmid darum, „dass man einen möglichst tiefen und schlechten Stand der ÖVP als

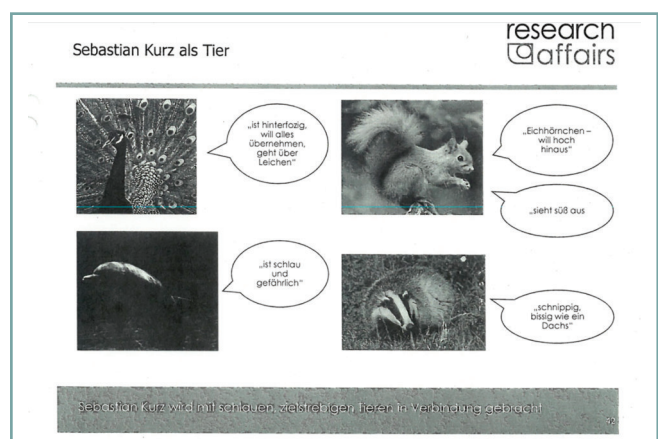
Partei unter MITTERLEHNER und besondere Beliebtheitswerte von KURZ darstellen wollte“. Mit gefakten Umfragen sollten die eigenen ÖVP-Parteimitglieder getäuscht werden.⁴¹ In den nächsten Phasen – nach der türkisen Machtergreifung durch Kurz – dienten die verfälschten Umfragen dazu, Stimmung für Kurz und gegen seine politischen Mitbewerber zu machen.⁴²

Die Faszination des Geldes: „Wer zahlt schafft an [...] ich liebe das“

Thomas Schmid

Fragwürdige Beinschab-Studien mit Forschungsförderungsmitteln finanziert

Ist Sebastian Kurz ein *süßes Eichhörnchen* oder doch eher ein *hinterfotziger Pfau*? Und mit welcher Automarke ist die ÖVP am ehesten vergleichbar? Zu gut sind diese und andere wissenschaftlich zweifelhafte Fragestellungen von Sabine Beinschab in Erinnerung. Umso erstaunlicher, dass die WKStA in ihren Ermittlungsakten erwähnte, dass die Kosten von 587.400 Euro für 14 Studien von Sabine Beinschab zur Gänze aus Forschungsförderungsmitteln bezahlt wurden.⁴³



Auszug aus der Beinschab-Studie *Wirtschaft- und Budgetpolitik*⁴⁴

Sabine Beinschab – als Förderempfängerin – gibt in ihrer Einvernahme durch die WKStA an, über die Forschungsförderung nicht informiert zu sein.⁴⁵ § 1 Abs. 2 FOG normiert die Ziele der Förderung von Wissenschaft und Forschung durch den Bund. Ob diese Ziele durch die Studien von Sabine Beinschab erfüllt worden sind, ist zu-

mindest zweifelhaft. Eine Überprüfung der wissenschaftlichen Qualität erfolgte allem Anschein nach nicht. Hannes Schuh, Leiter der Internen Revision, gab im Untersuchungsausschuss an, im elektronischen Aktensystem keine diesbezüglichen Vermerke gefunden zu haben.⁴⁶



587.400 EUR

erhielt **Beinschab** aus der Forschungsförderung

Johannes Pasquali, der laut Ermittlungsakten als Leiter der Kommunikationsabteilung über die Mittel zur Förderung der Wissenschaft frei verfügen konnte, gab im Untersuchungsausschuss auf die Frage zur Fördermittelvergabe an Beinschab an, ihm sei das Thema bis zur Übergabe der Anordnung der Hausdurchsuchung nicht geläufig gewesen.⁴⁷ Unklar bleibt außerdem, ob es im Bundesfinanzministerium überhaupt eine Richtlinie zur Vergabe der Forschungsförderungsmittel gegeben hat. Generalsekretär und Leiter der Budgetsektion Dietmar Schuster hat dazu weder Wahrnehmungen noch „Wissen zum internen Ablauf“.⁴⁸

Exkurs: Ein Bericht der Internen Revision, der viele Fragen aufwirft

Wenige Tage nach der Hausdurchsuchung im Finanzministerium kündigte der damalige Finanzminister Gernot Blümel eine interne Revision innerhalb seines Hauses an, um die Vorwürfe zu entkräften.⁴⁹ Als Befreiungsschlag gedacht, präsentierte sein Nachfolger Magnus Brunner Mitte Dezember 2021 die verheerenden Ergebnisse der internen Revision und gab sich selbstkritisch: „*Das ist nicht der Standard, den ich anlege, und es entspricht auch nicht meinem Verständnis davon, wie mit Steuergeld umzugehen ist*“. Außerdem werde Brunner das Inseratenvolumen zurückfahren.⁵⁰

Nur mit einem Auge hingeschaut

Für den Untersuchungsausschuss interessant war vor allem die lange Liste an Dingen, die nicht geprüft worden sind. Die Interne Revision erstreckte sich neben Studien von Beinschab und anderen, nur auf Inserate in der Tageszeitung Österreich. Das heißt, dass keine andere österreichische Tageszeitung unter die Lupe genommen worden ist.⁵¹ Ebenso nicht untersucht blieben Kampagnen oder Medienkooperationen. Fragen zu Inhalt oder Qualitätssicherung der Studien wurde ebenso keine Beachtung geschenkt.⁵² Methodisch beschränkte sich die Untersuchung der internen Revision laut deren Leiter auf eine Aktenrecherche im ELAK, also

im elektronischen Akt des Finanzministeriums. Befragungen wurden beispielsweise keine durchgeführt.⁵³ Den Prüfauftrag, der nach einer kurzen Besprechung mit dem Revisionsleiter auch Kabinettschef Clemens Wolfgang-Niedrist, Finanzminister Gernot Blümel und dem Präsidenten der Finanzprokuratur, Wolfgang Peschorn, vorgelegt wurde, habe der damalige Generalsekretär Dietmar Schuster verfasst.⁵⁴

Wo bleiben die Konsequenzen?

Im Bericht wird ein einziger der beteiligten Mitarbeiter des Beinschab-Tools namentlich genannt: Johannes Pasquali, der ehemalige Leiter der Kommunikation im Finanzministerium. Er wurde von Finanzminister Magnus Brunner suspendiert und ist offenbar bislang der einzige Mitarbeiter, für den die Causa Beinschab schwerwiegende dienstrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hat. Brunners Kabinettschef Niedrist⁵⁵, dem Leiter der Internen Revision⁵⁶ und Pasquali⁵⁷ selbst, waren zum Zeitpunkt ihrer Befragungen keine weiteren Personen aus dem Finanzministerium bekannt, gegen die disziplinarisch aufgrund der gefakten Umfragen und deren Finanzierung durch Steuergelder vorgegangen wurde. Zivilrechtliche Schritte zur Schadloshaltung seitens des Finanz-

ministeriums sind nach öffentlicher Wahrnehmung keine gesetzt worden.

Lieber nicht zu viel Öffentlichkeit

Der Bericht der internen Revision wurde Mitte Dezember von Magnus Brunner auf einer eigenen Pressekonferenz präsentiert. Der vom BMF veröffentlichte Bericht hatte aber nur 18 Seiten, während der nicht veröffentlichte übermittelte „Anhang“ 146 Seiten umfasste.⁵⁸ Die Entscheidung nur einen stark verschmäleren Bericht zur veröffentlichen, fiel nach Schuhs Schilderungen bei einer Schlussbesprechung zwischen Kabinettschef Clemens-Wolfgang Niedrist, Generalsekretär Dietmar Schuster, einer Sektionschefin und dem Präsidenten der Finanzprokuratur, Wolfgang Peschorn.⁵⁹ Den Anhang habe er später „mehr oder weniger auf eigenes Risiko“ der WKStA übermittelt.⁶⁰ Der Rechnungshof erhielt ihn trotz Aktenanforderung nicht.⁶¹ Der Untersuchungsausschuss erhielt den vollständigen Bericht erst nach einer Rüge für den Finanzminister.

Im Ergebnis brachte der veröffentlichte Bericht also mehr Fragen als Antworten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Prüfauftrag für die Interne Revision seitens der Politik absichtlich eng gefasst wurde.